

Entschließungsantrag

der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch den Bundesminister der Finanzen

Stabilität der Eurozone sichern – Reformkurs in Griechenland vorantreiben

Der Bundestag wolle beschließen:

Der Deutsche Bundestag ermächtigt den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union gemäß § 93b Absatz 2 Satz 1 der Geschäftsordnung des Deutschen Bundestages, die Rechte des Bundestages gemäß Artikel 23 des Grundgesetzes gegenüber der Bundesregierung zum Unionsdokument 9786/11 (Europäischer Rat – Tagung am 23./24. Juni 2011 – Entwurf einer erläuterten Tagesordnung) in der Sondersitzung des Ausschusses am 22. Juni 2011 wahrzunehmen.

Berlin, den 9. Juni 2011

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion
Dr. Gregor Gysi und Fraktion
Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

Begründung

Auf der Tagung des Europäischen Rates am 23./24. Juni 2011 werden für die weitere Entwicklung der Europäischen Union wegweisende Entscheidungen zum Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) und zur Koordinierung der nationalen Haushalts- und Wirtschaftspolitiken getroffen werden. Auch der Präsident des Deutschen Bundestages, Prof. Dr. Norbert Lammert, hat in der Sitzung des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union am 11. Mai 2011 betont, dass die Ratifizierung des ESM das wichtigste Thema für die Beteiligung des Deutschen Bundestages in den nächsten Jahren sein wird. Eine Ratifizierung ohne die Möglichkeit einer rechtzeitigen und zeitnahen Stellungnahme vor dem Europäischen Rat würde nicht den Anforderungen des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Vertrag von Lissabon gerecht. Das Gericht hat in seinem Urteil verfügt: Schweigen reicht nicht aus.

Da die letzten Entscheidungen erst kurz vor der Tagung des Europäischen Rates getroffen werden, kann eine Stellungnahme in der jetzigen, letzten Plenarwoche vor der Tagung nicht alle zuletzt gefällten Entscheidungen berücksichtigen.

